

NEUES AUS DER
WALDHEIMAT

Der Wildschütz.

Das Volk der Alpen hat eine Menschengattung in sich erhalten, die das kommunistische Prinzip recht praktisch durchzuführen weiß — die Wilderer. „Gott hat die Tiere des Waldes für alle erschaffen!“ lautet ihr erster Grundsatz, der freilich schon durch den zweiten gefährdet wird: „Nicht für die Reichen, sondern für die Armen ist das Wild gewachsen.“ Zum Glücke wird dieses Prinzip nicht auch etwa auf den Wald, auf das Feld, auf das Metall in der Erde Schoß ausgedehnt, denn dazu reicht weder der Gedanke, noch weniger die Macht unserer alpinen Kommunisten.

Peter Rosegger, „Die Äpler - in ihren Wald und Dorftypen geschildert“, Leipzig 1902. Kapitel „Der Wildschütz“.

„Als Reaktion auf die Versäumnisse und Verschwendungssucht im Privatsektor, die die Krise ausgelöst hatten, wird jetzt die Sparsamkeit im öffentlichen Sektor verlangt“

Josef Stiglitz (Nobelpreisträger)

KLEIN,
ABER MIT BISS



Vor zehn Jahren wurde gegen die böse schwarz-blaue Regierung in Wien protestiert. Aber eine schwarz-blaue Regierungsmehrheit mit rotem Landeshauptmann ist ja noch grauslicher!

BELASTUNGSBUDGET DER LANDESREGIERUNG –

Roter Landeshaupt schwarz-blauer

Der Begriff „Reform“ hat sich in den letzten Jahrzehnten gewandelt. Statt Verbesserungen signalisiert das Wort neuerdings Verschlechterungen. Die „Reformpartnerschaft“ von SPÖ und ÖVP in der steirischen Landesregierung ist eine gefährliche Drohung.

Landeshauptmann Franz Voves und sein Stellvertreter Hermann Schützenhöfer haben das Budget für die kommenden beiden Jahre präsentiert. Massive Kürzungen im Sozialbereich sind vorgesehen.

Reichensteuer vom Tisch

In den nächsten beiden Jahren sollen rund 25 Prozent des Landesbudgets „eingespart“ werden. Zuvor wurde über Jahrzehnte viel Geld verschwendet, gemeinsam

häuften SPÖ und ÖVP einen riesigen Schuldenberg an. Die im Vorwahlsommer von Voves wirkungsvoll propagierte Reichensteuer ist vom Tisch und von einnahmeseitigen Maßnahmen zur Haushaltsanierung ist keine Rede mehr.

Stattdessen soll das Sparpaket der Landesregierung zu Lasten der Sozialhilfeempfänger, der Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen, der Kulturschaffenden und vieler anderer gehen.

Der erst vom vorherigen Landtag abgeschaffte Regress wurde gegen den massiven Widerstand der KPÖ bereits wieder eingeführt. Angehörige (Eltern für Kinder und umgekehrt) werden ab einem Einkommen von 2.500 Euro für die Kosten der bedarfsorientierten Mindestsicherung (BMS), die im Gegensatz zur Sozialhilfe nur 12mal statt bisher 14mal ausgezahlt wird, und die Heimpflege zur Kasse gebeten.

Dafür musste auf Bundesebene mit Zustimmung von Sozialminister Rudolf Hundstorfer eine eigene Ausnahmeregelung getroffen werden, weil die Mindestsicherung an sich keinen Regress vorsieht.

K P Ö -
Vorsitzende

Claudia Klimt-Weithaler: „Jetzt auf Kosten der Bevölkerung zu sparen, im sozialen Bereich, im Gesundheitsbereich, im Bildungsbereich, da sagen wir nein, das ist absolut nicht möglich. Wir wünschen uns, dass man sich einmal überlegt, wie man zum Beispiel größere Vermögen und Gewinne höher besteuert.“ Auch wenn die Zuständigkeit dafür Bundessache ist, sieht Klimt-Weithaler eine Zuständigkeit auf steirischer Seite: „Die ÖVP und die SPÖ haben ihre Leute auch im Bund sitzen. Da kann man miteinander reden.“

Tausende Arbeitsplätze werden vernichtet

Die Behindertenvereine befürchten angesichts der Kürzungen massive Einschnitte: „Alles, was das Land Steiermark derzeit im Behindertengesetz finanziert, geht zu 75 Prozent in Personal. Wenn Größenordnungen von 15 bis 20 Prozent gekürzt werden sollen, dann heißt das, es fällt Personal weg, und damit fällt direkte Unterstützung für Menschen mit Behinderung weg. 15 bis 20 Prozent werden wahrscheinlich 800 bis 1.000 Arbeitsplätze sein. Hier müssen sich die Menschen berechtigt Sorgen machen,“ erklärte Franz Wolfmayr vom Dachverband der steirischen Behindertenhilfe.

Ein Bereich, der sich für Einsparungen anbietet, sind Events und Renommierprojekte, die sich als Fehlinvestitionen und Millionen-Gräber erwiesen haben.

Völlig unklar ist bisher, ob und wie der Sparstift im Bereich der Politikereinkom-

es reicht !
für alle.



Fair teilen statt kürzen